

MG - Rheydt

DIE LINKE.

Ausgabe IV/08

Cafe Pflaster:
Sinnvoll und notwendig an diesem Ort

Die Mitgliederversammlung DIE LINKE Rheydt eröffnete mit einem Vortrag den geplanten Themenschwerpunkt „Die Eröffnung des Café Pflaster auf der Brucknerallee“



ihren Mitgliederabend am 2.10.2008. Das kürzlich auf der Brucknerallee 37 eröffnete Café Pflaster, ein Tagestreff für verhaltensauffällige, suchtkranke oder psychisch kranke

Seite 3: Holzauge sei wachsam!

Menschen aus der Wohnungslosenszene, wurde von den Rheydter Bürgerinnen und Bürgern mit sehr unterschiedlichen Gefühlen und Ansichten aufgenommen.

„Es ist unglaublich wichtig, dem angesprochenen Personenkreis niederschwellige Angebote zu machen.“ so Helmut Schaper vom Kreisvorstand DIE LINKE.



Mönchengladbach. „Die Hürden anderer Maßnahmen, die für sie in Frage kämen, sind oftmals so hoch, dass diese Menschen daran scheitern.“ Es wurde auch klargestellt, dass die Stadt verpflichtet ist, den betreffenden Personen ein Hilfeangebot zu machen. In diesem Fall wurde mit der Diakonie eine Leistungsvereinbarung ab-

geschlossen, die auf der gesetzlichen Grundlage (§§ 53 ff. und 67 ff SGB XII) diese Aufgaben erfüllt.

Zur Standortfrage und die Sorgen der Eltern, deren Kinder eine der vier umliegenden Schulen besuchen, wurde zunächst bemerkt, dass sich gerade im Umfeld der Brucknerallee schon seit langer Zeit permanent drogenabhängige Menschen aufhalten und diese Situation sich durch die Eröffnung des Café Pflaster nicht verschlimmern werde.

Da außerdem ein flächendeckendes Schulnetz in der Stadt, insbesondere im Grundschulbereich, vorhanden sei, sei es einerlei, welchen Standort man für diese Einrichtung wählen würde, es befände sich immer eine Schule in der Nähe, so die überwiegende Meinung der Versammlungsteilnehmer.

Abschließend sprach sich die Ortsgruppe geschlossen für das Projekt und die Standortwahl aus. Man war sich einig, dass die betroffenen Menschen als Teil unserer Gesellschaft dringend Hilfe benötigen und eine Chance verdient haben. Sie als störende Personengruppe in einsamen Gebieten am Stadtrand abzustellen, wäre menschenunwürdig und inakzeptabel.



Holzauge sei wachsam!

Als Ende September der Beschluss für die Sanierung des Pahlkebades fiel, ging förmlich ein Aufschrei der Erleichterung durch Rheydt. Selten waren sich die BürgerInnen in einem Thema so einig, und so musste sich letztlich die CDU/FDP Mehrheit im Rat dem Willen beugen und stimmte für die Sanierung. Natürlich spielte auch der zwischenzeitlich erreichte Denkmalschutz eine Rolle.

Doch es heißt weiterhin:

Holzauge sei wachsam!

Steht doch die Stadt unter dem Haushaltssicherungsgesetz, und der Beschluss für den Erhalt ist eben unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kommunalaufsicht gefallen. Zu oft musste im Vorfeld Klüngel vermutet werden, wie zum Beispiel das zweite Gutachten, das die Sanierungskosten von 3,7 Millionen auf gute 7 Millionen anhob.

Oder die Verschleppung der Untersuchung der Deckenkonstruktion, von der angeblich eine Gefahr ausginge, und die dann ohne technische Überprüfung maßgeblich zur Schließung des Bades führte. Bei dieser Verzögerungstaktik bekam die CDU plötzliche Unterstützung vom Stadtsportbund, als Herr Gerkens den Vorschlag aus der Tasche zog, das Gebäude als Denkmal zu erhalten, jedoch zum Veranstaltungszentrum umzubauen. Dafür sollte dann ein neues Bad am Grenzlandstadion entstehen.

Doch je länger das Bad geschlossen ist und nicht mit den nötigen Arbeiten begonnen wird, je höher werden auch die Kosten. Es besteht die Gefahr, dass am Ende das

Bad kaputt diskutiert wird und dass CDU und FDP das Thema rechtzeitig vor den Kommunalwahlen vom Tisch haben wollten. Jetzt könnte unter dem Vorwand der Finanz-Aufsicht aus Düsseldorf die nächste Runde der Verschleppung eingeleitet werden.



*Torben Schultz
Linkes Forum MG
torben@schultz.eu*

Nun sind die BürgerInnen gefragt, darauf zu achten, dass schnell was passiert. Waren doch schon im Haushalt 2007 für die Sanierung 2 Millionen Euro vorgesehen und nicht verwendet worden. Diese Gelder müssen jetzt schleunigst in eine „Stück für Stück“ - Sanierung gesteckt werden. Deswegen muss die Dachkonstruktion geprüft werden und ggf. alle sicherheitstechnischen Arbeiten angegangen werden. Ziel muss es sein, den Badebetrieb schnellst möglich wieder aufzunehmen. Es wird niemanden stören, wenn dann noch die eine oder andere Scheibe milchig ist. Es wird auch niemanden stören wenn immer wieder Bauarbeiten parallel zum Badebetrieb statt finden.

Am Ende zählt doch nur eines:

Die RheydterInnen wollen wieder Schwimmen!

Die RheydterInnen wollen ihr Pahlkebad zurück!

CDU Konzept Giesenkirchen
2015:

Eine Mogelpackung

Das Vorgehen von CDU und FDP und Teilen der Verwaltung um den Sportdezernenten, Dr. Gert Fischer, CDU, stellt sich immer mehr als Skandal dar.

Stritt Bezirksvorsteher Frank Boss von der CDU anfangs noch seine Befangenheit bei der Beschlussfassung zur Konzeption wegen seiner privaten Verbindung zur Gemeinnützigen Kreisbau ab, erklärt er sich mittlerweile „vorsorglich“ als befangen.

Wurde in der anfänglichen Beschlussfassung am 31.5.07 noch eine Einbindung des Planungs- und Bauausschusses beschlossen, verlief die „Einbindung“ im weiteren Verfahren im Sande. Der Planungs- und Bauausschuss muss jedoch nach § 9 Abs. 2 der Zuständigkeitsordnung einbezogen werden.

Die Sanierungskosten für die Sportanlage wurden mit Berufung auf das Gutachten eines Planungsbüros mit 625.000 EUR angegeben. In Wahrheit hat das Planungsbüro nur eine Renovierung empfohlen. Die Kosten hierfür: 169.000 EUR, also nur ein Viertel der angegebenen Kosten. Auf entsprechende Fragen im Hauptausschuss und Rat schwieg der zuständige Dezernent Dr. Gert Fischer beharrlich.

Im Zusammenhang mit Giesenkirchen 2015 soll der Gemeinnützigen Kreisbau ein Gelände für 3,7 Millionen EUR verkauft werden. Das zu verkaufende Gelände hat jedoch einen Wert von ca. 9,4 Millionen EUR. In der Hauptausschusssitzung am

17.9.08 legte die Verwaltung den Mitgliedern einen Plan für das Sport- und Freizeitzentrum Giesenkirchen vor. Aus dem Plan war der Ersteller der Vorlage, die Firma Geo 3, herauskopiert worden, so dass der Eindruck entstand, die Planung sei von der Stadtverwaltung. Der FWG Vorsitzende Erich Oberem hat in diesem Zusammenhang Fragen an die CDU gestellt, wer den Auftrag an die Firma Geo 3 erteilt hat.

Des weiteren, ob der Auftrag bezahlt wurde oder ob der Firma gegebenenfalls Aufträge im Zusammenhang mit diesem Projekt in Aussicht gestellt wurden. In seiner Antwort erklärte der CDU Faktionsvorsitzende Besten, dass nach

seiner Kenntnis die CDU dafür nicht gezahlt habe. Aber er könne ja auch nicht alles wissen. Sportdezernent Dr. Fischer, verantwortlich für die Beratungsvorlage, hüllte sich in Schweigen.

In der Ratssitzung am 24.8.08 hatte die Gruppe der Linken Liste Mönchengladbach den Antrag gestellt, die Beratung ohne vorherige Klärung der dargestellten Fragen und Problempunkte abzulehnen. Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde der Antrag abgelehnt. CDU und FDP wollen das Projekt ohne Rücksicht auf Verluste durchziehen.

Die kommende Kommunalwahl ist eine gute Möglichkeit, den beiden Parteien zu zeigen, was von einer solchen Politik nach Gutsherrenart zu halten ist

Problem Dohler Straße

Erzberger Straße, Grevenbroicher Straße und Dohler Straße sind Wohnstraßen, in denen die Anwohnerinnen und Anwohner ein Recht auf menschenwürdiges Leben und Wohnen haben. Das ist jedoch nicht der Fall. Besonders die Situation auf der Dohler Straße ist - was Sicherheit und Lebensqualität der dort lebenden Menschen betrifft - seit Jahren ein unzumutbarer Zustand.

Obwohl der Stadt bekannt ist, dass hier viele Kinder Schulen und Kindergärten besuchen, ändert sich nichts:

Der Schwerlastverkehr donnert ungehindert durch diese Straße; die Lärmbelastung durch den LKW/PKW Verkehr liegt erheblich über der „EU-Umgebungslärmrichtlinie“, das kann man in der vorliegenden Lärmkarte der Stadt Mönchenglad-

bach feststellen. Zusätzlich versagt am Ende der Dohler Straße bei größeren Regenmengen immer wieder die Kanalisation. Dass die dort lebenden Hausbesitzer große Schäden zu verzeichnen hatten, dürfte bekannt sein.

Eine Interessensgemeinschaft der Hochwassergeschädigten hat sich inzwischen zusammengeschlossen.

Interessant: RWE-Power AG (Rheinbraun) soll gegenüber der NVV schon Zusagen gemacht haben, bei den zur Zeit laufenden Kanalbaumaßnahmen in der Talstraße (Odenkirchen) sogenannte flexible Hausanschlüsse an den Hauptkanal zu finanzieren.

Hintergrund: RWE habe aufgrund der Rheindahlener Verwerfung, die mittig unter der Talstraße verläuft, ihre Zuständigkeit anerkannt. Wenn dem so ist, stellt sich die Frage, ob RWE-Power möglicherweise auch für weitere private Anschlüsse zuständig ist.

Es wäre endlich an der Zeit auch die Dohler Straße zu entlasten und dafür zu sorgen, dass die Sicherheit und Lebensqualität gewährleistet wird. Anfragen per E-Mail bei der Stadt, an den Verkehrspla-

Impressum

V.i.S.d.P:

DIE LINKE. / Helmut Schaper
Mönchengladbach

Postfach 30 10 01
41191 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 979 22 43

Fax: 0 21 66 / 979 22 42

E-Mail: info-die-linke@solargeneration.de

Web: www.die-linke-zeitung.de

ner Herrn Jörg Clages, was geplant sei, den Lärm zu beseitigen und die Sicherheit herzustellen, wurden bisher nicht beantwortet. Bürgerinnen und Bürger haben das zu erdulden.

Ein Beispiel wie die Stadt mit der Sicherheit der Kinder umgeht, zeigt das folgende Foto:



In Höhe der Dohler Straße Nr. 176 lagen vom 21.8 bis mindestens Montag den 25.8. 2008 auf dem Gehsteig Sperrmüllberge und gefährdeten den Schulweg der Kinder.

Die in der Stadt jetzt aufgehängten Warnplakate zur Verminderung der Unfallgefahren im Straßenverkehr sind „typisch Mönchengladbach“ – jedoch in diesem Wohngebiet nicht hilfreich.

Das Wohngebiet in der Erzberger- Grevenbroicher- und Dohler Straße samt Ge-neckener Straße muss wieder lebenswert gemacht werden! Hier gilt es folgende Forderungen durchzusetzen:

- ⇒ Reduzierung der Lärm- und der Schmutzbelastung
- ⇒ Sicherheit für die Anwohner, vor allem für Kinder und ältere BürgerInnen

- ⇒ Schutz und Erhalt der Bausubstanz
- ⇒ Steigerung des Wohn- und Lebenswertes des gesamten Ortsteils
- ⇒ Zunächst Verkehrsberuhigung mit Hilfe kleinerer, wenig kostenintensiver Maßnahmen, z.B. Tempo 30 (inkl. Kontrolle)
- ⇒ Sperrung für den Schwerlastverkehr (außer Anliegerverkehr)
- ⇒ Veränderung der Parkräume/-zonen
- ⇒ Kleinere bauliche Maßnahmen, z. B. Buchten, Pflasterung, etc. die dem Charakter der Erzberger-Grevenbroicher und Dohler Straße als Wohngebiet entsprechen
- ⇒ Sofortiges Gesamt-Verkehrskonzept, das die Gestaltung insgesamt betrifft, samt entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen und Überflutungsschutz

Dieter Braeg.

Arbeiter Lest und verbreitet *



www.kossawa.de

Die Onlinezeitung für ein entspanntes Geistesleben!
*Das gilt auch für Angestellte, Beamte und Selbstständige

Hartz IV-Tipp

Auf Versicherungspauschale achten

Nicht nur Menschen, die geringfügig beschäftigt sind, steht beim Leistungsbezug nach dem SGB II (Hartz IV) die Versicherungspauschale in Höhe von 30 EUR zu.

Auch volljährige BezieherInnen von Leistungen nach dem SGB II haben bei einem leistungslosem Einkommen, z. B. Rente oder Unterhaltszahlungen, einen Anspruch auf diese Versicherungspauschale in Höhe von 30 EUR.

Diese Pauschale muss vom leistungslosen Einkommen abgezogen werden.

Liegt zum Beispiel eine Unterhaltszahlung von 200 EUR vor, so dürfen als Einkommen nur 200 EUR minus 30 EUR = 170 EUR angerechnet werden.

Finanzkrise

Nichts ist sicher!

Norbert Blüm hat Ihnen garantiert:
„Die Rente ist sicher“.

Seit der Erklärung von Herrn Blüm hat es ein sinkendes Renteneinkommen gegeben. Nicht nur der Traum vom sicheren Arbeitsruhegeld ist ausgeträumt.

Banken, Versicherungen und Politik erklären Ihnen, dass Ihre Daten gesichert sind. Aus der Zeitung müssen Sie jedoch erfahren, wie Daten von Einkaufsgewohnheiten bis zur Bankverbindung geklaut und verkauft werden. Und nun erklären Bundeskanzlerin Merkel (CDU) und Finanzminister Steinbrück (SPD): Ihre Sparguthaben sind sicher. Glauben Sie denen? Lassen Sie es sein, die glauben nämlich selbst nicht daran.

Am 2.10.08 erklärte uns Herr Steinbrück, dass die Folgen der Finanzkrise auf Deutschland begrenzt seien.

Am Montag darauf erklärte er über die Presse zusammen mit Frau Merkel, dass der Staat für alle Sparguthaben garantiere, und am Dienstag lässt er verlautbaren: „Lage ist hoch gefährlich“.

Der Staat kann Ihnen die Spareinlagen nicht garantieren. Die Spareinlagen betragen je nach Schätzung mindestens 1 Billionen EUR. Soviel Geld hat der Staat nicht. Die Schuldzuweisung der Politiker an die Finanzmanager, sie würden von der Gier nach Geld getrieben und hätten die Krise verschuldet, ist pure Heuchelei.

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU-SPD fordern die Beteiligten, überflüssige Regulierungen auf dem Finanzmarkt ab-



Am 05.11.2008 - 19:30 Uhr - „Haus Zoar“
 Kapuzinerplatz 12 - Mönchengladbach
 „Drei Hauptflügel des Neoliberalismus“
 Vortrags- und Diskussionsabend

zubauen sowie eine Finanzaufsicht mit Augenmaß. Jedoch genau diese fehlende Regulierung und genau die fehlende bzw. unzureichende Finanzaufsicht hat mit zu dieser Krise geführt.

Jahrelang haben die Politiker „Privat vor Staat“ gefordert, wenn es darum ging, staatliche Aufgaben und Betriebe zu privatisieren und den Unternehmern höhere Profite zu ermöglichen.

Jetzt, wenn es um die von den Finanzmanagern und den Politikern verursachten Schulden und Verluste geht, soll es plötzlich wieder staatliche Lenkungsmaßnahmen und Eingriffe bis hin zur Verstaatlichung des Bankensektors geben. Die Gewinne durften die Manager einstecken, für die Verluste sollen die Steuerzahler aufkommen.

DIE LINKE. hat andere Vorschläge zur Krisenbewältigung:

Sozialisierung der Verluste verhindern.

Der private Finanzsektor soll die Kosten für notwendige Rettungsaktionen bei privaten Instituten selbst über eine gesetzliche Sonderausgabe finanzieren. Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Spekulationsverluste privater Finanzinstitute zu übernehmen.

Schließung von Steueroasen.

Unter Umgehung nationaler Regulierungen werden in diesen Steueroasen Fonds aufgesetzt bzw. Zweckgesellschaften von Banken gegründet. Die so entstandenen Fonds sind u.a. für diese Krise mit verantwortlich.

Effektive Finanzmarktkontrolle.

Alle Bereiche der Finanzmärkte müssen unter demokratische Kontrolle kommen. Bisher konnten neue Finanzprodukte ohne Kontrolle auf den Markt gebracht und gehandelt werden. Neue Finanzprodukte müssen in Form eines Finanzmarkt-TÜV geprüft werden, bevor mit ihnen gehandelt wird.

Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer.

Stärkung des Binnenmarktes.

Um die nun entstehenden Exportverluste auszugleichen, bedarf es einer sofortigen Stärkung des Binnenmarktes. Reallohnerhöhungen und die Einführung eines Mindestlohnes von 8,76 EUR sind Maßnahmen, die geeignet sind, die Kaufkraft zu erhöhen und eine größere Nachfrage nach Produkten zu erzeugen.

Perspektivisch stellt sich angesichts des wirtschaftlichen Abgrundes und der Unfähigkeit der „freien Wirtschaft“ ohne staatliche Hilfe aus der Krise herauszukommen, die Frage der Ver gesellschaftung der Banken.
